

NACHRICHTEN

EU-Weise offenbar für Sanktionsaufhebung

HAMBURG: Der so genannte Weisenrat zur Begutachtung der innenpolitischen Lage in Österreich will nach Informationen der «Welt am Sonntag» eine Aufhebung der Sanktionen der EU-Staaten gegen das Land empfehlen. Daran gebe es mittlerweile «keinen Zweifel» mehr, berichtete die Zeitung unter Berufung auf «gut informierte Brüsseler Kreise». Dem Bericht zufolge will der Rat seine Entscheidung am kommenden Freitag treffen. Eine weitere Reise der drei Weisen – der deutsche Völkerrechtler Jochen Frowein, der frühere finnische Präsident Martti Ahtisaari und der ehemalige spanische Aussenminister Marcelino Oreja – nach Österreich sei nicht geplant. Der frühere FPÖ-Chef und Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider werde von ihnen nicht mehr gehört. Stattdessen kämen die Weisen bei ihrem nächsten Treffen am Dienstag mit der FPÖ-Vorsitzenden und Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer zusammen.

Zwölf Jahre Haft für Hänggi und Giovanoli



GUATEMALA: Die beiden Schweizer Nicolas Hänggi (links) und Silvio Giovanoli (rechts) sind von einem Gericht in Guatemala wegen Drogenhandels zu hohen Haftstrafen verurteilt worden. Ihr Fall beschäftigt die Justiz schon seit über drei Jahren. Die Schweiz will sich weiterhin um ihr Schicksal kümmern. Das Gericht in der Hafenstadt Puerto Barrios musste den Fall der beiden im April 1997 verhafteten Schweizer nach langem Hin und Her neu aufrollen. Es fällt in dem am vergangenen Freitag eröffneten Urteil einen Schuldspruch und verurteilte den 25-jährigen Hänggi und den 33-jährigen Giovanoli zu je zwölf Jahren Haft und einer Busse von umgerechnet je gut 10 000 Franken. Ihnen wird Beteiligung an einem Kokainschmuggel im Wert von 100 Millionen Dollar nach Europa vorgeworfen. Acht Jahre Haft erhielt ein früherer Polizeichef der Stadt Antigua.

Atomsicherheit: Briten wollen Russland helfen

LONDON: Nach dem Untergang des russischen Atom-U-Boots «Kursk» hat Grossbritannien finanzielle Hilfe an Russland für den Umgang mit Atommaterial zugesagt. Die britische Regierung teilte am Sonntag mit, sie stelle Russland 80 Mio. Pfund (rund 200 Mio. Fr.) zur Verfügung. Aussenminister Robin Cook erklärte, nukleare Gefahren machten nicht vor internationalen Grenzen halt. Die Staaten der ehemaligen Sowjetunion stünden vor grossen atomaren Problemen, die alle gefährden könnten. Nach Angaben des Gouverneurs der Region Kursk, Alexander Ruzkoi, ist der russische Präsident Wladimir Putin im Zusammenhang mit dem Unglück von der eigenen Militärführung «belogen und ausgetrickst» worden. Verteidigungsminister Igor Sergejew und Flottenchef Wladimir Kurojedow hätten Putin nicht richtig informiert, sagte Ruzkoi in der «Welt am Sonntag». Sie hätten Putin darüber in Kenntnis setzen müssen, dass keine ausreichenden Rettungsmittel vorhanden seien.

Israelische Soldaten bei Schiesserei getötet

WESTJORDANLAND: Bei Gefechten während einer Razzia im Westjordanland sind in der Nacht zum Sonntag drei israelische Soldaten ums Leben gekommen; ein vierter wurde verletzt. Möglicherweise seien sie versehentlich von den eigenen Leuten erschossen worden, räumte der israelische Ministerpräsident Barak am Sonntag ein. Die israelische Armee fahndete im Dorf Assira Aschmalijeh, einer Hochburg der islamischen Hamas-Bewegung, nach einem der meistgesuchten Hamas-Führer, Machmud Abu Hanud. Dem bei der Schiesserei verwundeten Abu Hanud gelang die Flucht, er begab sich aber kurze Zeit später in einem Krankenhaus in Nablus in Gewahrsam der palästinensischen Behörden.

Fünf weitere Geiseln frei

Libyen zahlte Lösegeld – Sieben ausländische Geiseln bleiben gefangen

JOLO: Im philippinischen Geiseldrama sind am Sonntag der Deutsche Werner Wallert und die vier weiblichen ausländischen Gefangenen von den Moslem-Extremisten auf Jolo freigelassen worden. Sieben weitere westliche Geiseln, darunter Wallerts Sohn Marc, blieben weiter in der Gewalt der Entführer.

Nach Angaben der philippinischen Unterhändler zahlte Libyen für jede Geisel ein Lösegeld von einer Million Dollar. Die Übergabe fand in gedrückter Atmosphäre am Rande eines philippinischen Militärstützpunkts auf Jolo statt. «Mein Sohn (Marc) ist immer noch da. Erwartet nicht, dass ich glücklich bin», sagte ein verbitterter, von vier Monaten Geiselhaft gezeichneter Werner Wallert.

Heute nach Libyen

Wie Unterhändler mitteilten, sollten die Freigelassenen die Nacht noch auf den Philippinen verbringen, weil möglicherweise noch eine südafrikanische Geisel freigelassen werden soll. Von der Stadt Cebu aus soll dann heute Montag eine Maschine die ehemaligen Geiseln nach Libyen bringen, wo sie mit Revolutionsführer Muammar el Gaddafi zusammentreffen sollen. Chefunterhändler Robert Aventajado sagte, es sei ein «globales Abkommen» mit den Entführern über die Frei-



Freude und Schmerz unter den Freigelassenen: «Wir sind frei, aber es sind immer noch welche zurückgeblieben.»

lassung der übrigen Geiseln innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens erzielt werden. Einzelheiten wollte er aber nicht nennen.

Der Abschied zwischen Vater und Sohn Wallert war nach Angaben eines Unterhändlers dramatisch. Die beiden hätten geweint und sich lange umarmt. Jeder habe darauf bestanden, dass der andere in die Freiheit gehen solle. Schliesslich führte der Unterhändler den Vater davon. Werner Wallerts Frau Renate war vor sechs Wochen freigelassen worden. Die aus Libanon stammende

Französin Marie Moarbes sagte mit Tränen in den Augen: «Wir sind frei, aber es sind immer noch welche zurückgeblieben.» Sonia Wendling rang tränenüberströmt um Worte, brachte aber keinen Ton heraus. Später sagte die Französin, sie werde ihre viermonatige Gefangenschaft niemals vergessen. «Ich weiss nicht, wie ich diese Erfahrung beschreiben soll.» Mit Wallert, Moarbes und Wendling kamen die Fernsehjournalistin Marie Burgot und die Südafrikanerin Monique Strydom frei.

Noch immer halten die Moslem-Extremisten sieben ausländische Geiseln fest – Marc Wallert, einen Franzosen, zwei Finnen und einen Südafrikaner, die am 23. April von der malaysischen Ferieninsel Sipadan verschleppt wurden, sowie zwei französische Fernsehjournalisten. Dazu kommen noch zwölf christliche Prediger, die den Geiseln im Dschungelcamp geistlichen Beistand geben wollten und wie das französische Fernsehteam dort gefangen genommen wurden.

10,5 Mio. Dollar Lösegeld

Am Samstag hatten die Geiselnnehmer der Entlassung von sogar sechs Geiseln zugestimmt, nachdem zwei festgenommene mutmassliche Mitglieder der Moslemgruppe freigelassen wurden. Diese waren am Donnerstag verhaftet worden, als sie versuchten, in Zamboanga 240 000 Dollar in philippinische Pesos umzutauschen. Sie gaben zu, das Geld von der Abu Sayyaf erhalten zu haben.

Nach Militärangaben hatten die Geiselnnehmer bis Samstag mehr als fünfzehn Millionen Dollar für die Freilassung von neun Malaysiern und Renate Wallerts erhalten. Insgesamt kassierten sie nach der Freilassung am Sonntag zehneinhalb Millionen Dollar Lösegeld. Philippinische Offiziere schätzen, dass die enormen Lösegeldsummen die Zahl der Abu-Sayyaf-Mitglieder in den südlichen Philippinen von 500 auf 5000 ansteigen liess.

IOC-Präsident: «Wir haben keine Angst»

Bericht über vereitelten Anschlag auf Atomreaktor in Sydney sorgt für Aufregung

SYDNEY: Trotz Berichten über einen geplanten Anschlag während der Olympischen Spiele in Sydney sind die Veranstalter nicht um die Sicherheit der Teilnehmer und Besucher besorgt. «Wir haben keine Angst», sagte der Vorsitzende des Internationalen Olympischen Komitees, Juan Antonio Samaranch, am Sonntag.

Die Zeitung «New Zealand Herald» hatte am Samstag berichtet, die neuseeländische Polizei habe ein Attentat auf einen Atomreaktor in Sydney verhindert. Sie sei im März bei einer Razzia gegen einen mutmasslichen Menschenenschmuggler auf eine afghanische Terroristengruppe gestossen.

Verdächtige Dokumente

Die Polizei bestätigte, dass bei der Razzia verdächtige Dokumente entdeckt wurden. Es gebe aber keine Hinweise, die auf einen Anschlag speziell während der Olympischen Spiele vom 15. September bis 1. Oktober hindeuteten, sagte Polizeichef



Militärhelikopter beim Kontrollflug über dem Olympia-Gelände.

Bill Bishop. Die australischen Sicherheitsbehörden seien alarmiert worden.

Die australische Regierung war bemüht, den Bericht herunterzuspielen. Nach ihrer Darstellung besteht keine ernsthafte Gefahr für den kleinen Forschungsreaktor im Vorort Lucas Height. Eine Schliessung sei nicht geplant, allerdings

würden die Sicherheitsvorkehrungen rund um den Reaktor für die Dauer der Olympischen Spiele erhöht. Die Anlage, die lediglich für wissenschaftliche Zwecke genutzt wird, befindet sich rund 25 Kilometer vom Olympiastadion entfernt.

Generalstaatsanwalt Daryl Williams bekräftigte, alle massgeblichen Stellen würden eng zusam-

menarbeiten, um die Sicherheit der Australier und der ausländischen Besucher zu gewährleisten. Mehrere tausend Polizisten, Soldaten, Angestellte privater Sicherheitsdienste sowie Mitglieder nationaler und internationaler Geheimdienste sind während der Spiele im Einsatz. «Ich bin nicht beunruhigt, obwohl ich am Tag der Schlussfeier noch ruhiger sein werde», sagte Samaranch im spanischen Fernsehen.

Verbindungen zu bin Ladin

Der «New Zealand Herald» berichtete, bei der Razzia in der neuseeländischen Stadt Auckland seien detaillierte Lagepläne der Atomanlage, Notizen über Sicherheitsaktiken der Polizei und Strassenkarten beschlagnahmt worden. Vermutlich habe die Gruppe Verbindungen zu dem saudiarabischen Geschäftsmann Osama bin Ladin, der von den USA als Drahtzieher des 11. September-Terrorismus gesucht wird. Nach Polizeiangaben wurden insgesamt vier Personen wegen Menschenenschmuggels und Passvergehen festgenommen.

Schuldenabbau im Mittelpunkt

US-Präsident Clinton will Demokratisierung in Nigeria unterstützen

ABUJA: US-Präsident Bill Clinton hat Nigeria die Hilfe Washingtons im Demokratisierungsprozess und beim Schuldenabbau zugesagt. Präsident Olusegun Obasanjo rief den Gast auf, zusätzliche Finanzmittel zum Schuldenabbau bereitzustellen.

Nigeria solle «zum Motor des Wirtschaftswachstums und der Erneuerung» in Afrika werden, sagte Clinton am Wochenende zum Auftakt seines zweitägigen Besuchs. Vor dem Parlament in der Hauptstadt Abuja lobte der US-Präsident die Bemühungen von Obasanjo, der vor 15 Monaten zum Präsidenten des bevölkerungsreichsten Staates

Afrikas gewählt worden war. Nigeria dürfe nicht vor der Alternative stehen, zwischen Schuldendienst und wichtigen Investitionen etwa in die Bildung und dem Gesundheitswesen wählen zu müssen, sagte Clinton unter dem Applaus der Abgeordneten. Die USA würden sich bei den reichsten Industrienationen für eine Schuldenerleichterung einsetzen und auf grosszügige Rückzahlungsmodalitäten der Auslandsschulden dringen. Die gut 30 Mrd. Dollar, die Nigeria zurückzahlen muss, seien von früheren Regierungen als Bürde auf den Schultern des Landes hinterlassen worden, sagte Clinton. Genaue Hilfszusagen für den Abbau dieses Betrages gab er

jedoch nicht. Clinton wird von rund tausend US-Vertretern aus Politik und Wirtschaft begleitet, welche die Bedingungen für Investitionen prüfen wollen. Als sechstgrösster Ölexporteur der Welt braucht das Land für die Modernisierung und den Ausbau seiner Ölindustrie in den nächsten fünf Jahren Investitionen von 40 Mrd. Dollar.

Zusammen mit seiner Tochter Chelsea besuchte Clinton am Sonntag das Dorf Ushafa. Dort wurde er mit einem traditionellen Maskentanz begrüsst. Bei einer Rede vor mehreren Tausend Menschen versprach der US-Präsident Hilfe beim «Aufbau eines besseren Lebens in den Dörfern dieses Landes».

REKLAME

Patrick Freitag, Präsident der Regierungskommission der Bergkantone, Glarus

Ihre Ja-Stimme nützt den Bergkantone

Den Menschen in den Bergkantone nützen die Energieabgaben, weil sie die saubere einheimische Wasserkraft vor den Folgen der Strommarktliberalisierung schützen.

Solar-Rappen

3x Ja für Umwelt, Gesundheit, Arbeitsplätze am 24. September

3x Ja, Postfach 92, 2000 Bern 18